



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 1 1/2 Thlr., Wochen-Abonnement 5 Sgr., außerhals pro Quartal incl. Porto 2 1/2 Thlr. — Inseratsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeile in Beträgen 2 Sgr., Reclame 5 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 478. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 13. October 1874.

## Deutschland.

**Berlin, 12. Octbr.** [Amtliches.] Se. Majestät der König hat auf den Vorschlag der Kaiserin-Königin und des Capitels der zweiten Abtheilung des Kaiserlichen Ordens, der Frau Agnes Weise, gebornen Kournien, zu Berlin die zweite Klasse des Kaiserlichen Ordens zweiter Abtheilung verliehen. Se. Majestät der König hat dem als Mitglied der königlichen General-Verwaltung des kaiserlichen Hausfideicommisses zu Kassel angestellten Hofrath Rosenblath den Charakter als Geheimer Hofrath verliehen. Bei dem „Deutschen Reichs- und königlichen Preussischen Staats-Anzeiger“ ist dem bisherigen Redacteur und Redactanten Rechnungsrath Schwieger unter Belassung der Redaction die Stelle eines Vorstehers übertragen worden. Ferner sind angestellt: der bisherige Mitredacteur Prehm als Redacteur, die bisherigen Bureau-Assistenten Kessel und Scholz als Expedienten. — Dem ordentlichen Lehrer Dr. Friedrich Blas am Marienstifts-Gymnasium zu Stettin ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden. Die Wahl des Gymnasiallehrers Dr. Gustav Ungermann in Coblenz zum Director des Progymnasiums in Rheindorf ist bestätigt worden. Der erste Lehrer Urlaub am Seminar zu Waldau ist in gleicher Eigenschaft an das evangelische Schullehrer-Seminar zu Pr.-Friedland versetzt worden. — Die Verlegung des Rechtsanwalts und Notars Schlichting zu Schlawe in Pommeren an das Kreisgericht in Pörlberg ist auf dessen Antrag zurückgenommen worden. Der Notar Borren in Elberfeld ist in gleicher Eigenschaft an den Friedensgerichtsbezirk Grevenbroich, im Landgerichtsbezirk Düsseldorf, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Webelinghoven versetzt worden. Der Referendar Dr. jur. Justus Richard Joesser in Frankfurt a. M. ist auf Grund der bestandenen großen Staatsprüfung zum Advokaten a. M. in der k. k. Appellationsgerichts d. d. d. unter Anweisung seines Wohnsitzes in Frankfurt a. M. ernannt worden. Dem Rittergutsbesitzer Richard Hantsch zu Clementinhof bei Sonnenwalde ist unter dem 8. October 1874 ein Patent auf eine Federhaken-Maschine auf drei Jahre erteilt worden. — Das dem Maschinenfabrikanten S. S. Wille zu Chemnitz unter dem 8. August 1873 erteilte Patent auf eine Vorrichtung an mechanischen Webstühlen mit mehrfachen Schützen ist zum Aufheben der überhängenden Einschnürungen der ruhenden Schützen aufgehoben.

**Berlin, 12. Octbr.** [Ihre Kaiserlichen und königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] kamen gestern Vormittag 9 1/4 Uhr von Potsdam nach Berlin, begaben sich direct vom Bahnhof nach dem Gewerbe-Museum, nahmen daselbst die von den Schülern angefertigten Zeichnungen in Augenschein, besuchten dann den Sachs'schen Kunst-Salon und fuhren von dort zur Verfertigung des neuen städtischen Allgemeinen Krankenhauses nach dem Friedrichshain.

Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz nahmen von 2 Uhr Nachmittags ab die Meldungen der zum Großen Generalstab commandirten königlichen baltischen Offiziere: des Major v. Axlander, Major Helwig, Hauptmann Frhr. v. Uch und des Hauptmanns Reim entgegen, erteilte dem Bildhauer Professor Wredow und dem königlichen Garten-Inspector Bouche Audienzen und besuchte später mit Ihrer Kaiserlichen und königlichen Hoheit der Kronprinzessin die Kunst-Ausstellung im Akademie-Gebäude. Beide höchsten Herrschaften begaben sich um 4 Uhr Nachmittags zur Begrüßung Sr. Durchlaucht des Prinzen Christian und Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Christian von Schleswig-Holstein nach dem Nieder-Schlesischen Bahnhof und geleiteten Hochsiedelnden in das Kronprinzliche Palais, wo um 5 Uhr Familien-Dinner stattfand.

Abends 7 1/2 Uhr kehrten Ihre Kaiserlichen und königlichen Hoheiten wieder nach Potsdam zurück.

**Berlin, 12. Oct.** [Fusionirung der „Spener'schen“ und der „National-Zeitung“.] Heute ist hier ein Abkommen zwischen der „National-Zeitung“ und der „Spener'schen Zeitung“ getroffen worden, wonach die letztere als die erste verkauft und vom 1. November d. S. ab mit derselben fusionirt wird. Die „Spener'sche Zeitung“ hatte unter ihrer jetzigen Redaction und Verwaltung bis 1. April einen nicht unerheblichen Zuwachs erhalten, welcher zu der Hoffnung berechtigte, daß eine Wiederbelebung des Blattes gelingen werde. Hierzu waren jedoch weitere erhebliche Geldmittel erforderlich. Da aber die Eigentümer eine bestimmte Summe nicht überschreiten wollten, so konnte hierüber ein Einvernehmen nicht erzielt werden. Die Redaction selbst rieth zur Fusion mit einem angesehenen Blatte von derselben Parteilichung. Die „National-Zeitung“ kam diesem Wunsche bereitwillig entgegen und so ist denn der Leserfreud des Blattes der liberalen Sache bewahrt und gewonnen, während, wenn die „Spener'sche Zeitung“, wie dies ohne das Dazwischentreten der neuen Verwaltung der Fall war, Ende 1873 eingegangen wäre, die Verhältnisse sich anders gestaltet haben würden. Es war ein klüßes Unternehmen, nachdem die vorige Gesellschaft an der Zeitung 180,000 Thaler zugesetzt hatte, das Blatt halten zu wollen, gleichwohl ist dies während des Jahres 1874 gelungen, und zwar mit einem verhältnißmäßig geringen Opfer, welches sich durch das Arrangement mit der „Nationalzeitung“ ausgleichen dürfte.

**Berlin, 12. October.** [Zum Eröffnungstermin des Reichstags.] Ueber die Eröffnung der Reichstagsession finden sich noch immer verschiedene Angaben, welche augenblicklich noch aller Genauigkeit entbehren, weil noch keine Beschlüsse darüber gefaßt werden konnten. Die neue wieder aufgetretene Angabe, daß die Eröffnung am 26. zu erwarten sei, dürfte sich auch nicht bestätigen; es mag richtig sein, daß u. A. auch dieser Termin in Aussicht genommen war, doch hat sich herausgestellt, daß die Vorarbeiten für das Budget und die Feststellung desselben durch den Bundesrath eine längere Zeit in Anspruch nehmen, als früher erwartet war. Jetzt gilt es für wahrscheinlich, daß die Eröffnung so ziemlich mit dem Schluß dieses oder dem Anfang des nächsten Monats zusammenfallen werde. Die Nachricht, daß Fürst Bismarck schon in nächster Zukunft in Berlin eintreffen werde, ist als entschieden irrig zu bezeichnen, und bis jetzt ist überhaupt diese Ankündigung für einen naheliegenden Termin noch durch kein Anzeichen angedeutet. — Die Ueberweisung des Grafen Arnim an eine Krankenanstalt ist zwar vom Gericht genehmigt, konnte aber noch nicht erfolgen, da die vorgeschlagenen Anstalten nicht die Einrichtung besitzen, um die genügende Sicherheit zu gewähren. — Unter den Vorlagen für den Reichstag befindet sich auch der Entwurf der revidirten Elbschiffahrtsacte. Ferner den Etat der Reichspostverwaltung für 1875; derselbe zeigt eine Einnahme von 101,725,050 Mark; im Vorjahre betrug dieselbe 93,771,544 Mark, für 1875 also ein Mehr von 7,993,506 Mark. — Der Lit. 8 dieses Entwurfs enthält auch die Ausgaben für das Reichspostamt. Bisher nämlich wurden die nöthigen Bauten von den einzelnen Landesbehörden ausgeführt; sie wollen dies aber nicht mehr thun und

deshalb soll das Reich durch das Reichspostamt dafür sorgen; das Reichspostamt hat sich auch schon einverstanden damit erklärt.

[Der Bezirks-Präsident von Lothringen, Graf Arnim-Boitzenburg, ersucht die „Spener'sche Zeitung“ um die folgende Berichtigung:]

Die „Spener'sche Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 474 vom 6. October cr. unter „Politische Rundschau“ die Mittheilung, daß „mit den Verhandlungen, den Grafen Arnim zu einer gütlichen Herausgabe der Papiere zu bewegen, wie verlautet, sein Schwager, der Graf Arnim-Boitzenburg, Bezirkspräsident von Lothringen, beauftragt“ gewesen sei.

Dieses Gerücht entbehrt aller und jeder Begründung und ersuche ich die verehrliche Redaction der „Spener'schen Zeitung“ ergebenst, diese Berichtigung in eine der nächsten Nummern ihrer Zeitung gefälligst aufnehmen zu wollen. Boitzenburg, den 9. October 1874.

Graf Arnim-Boitzenburg. Bezirks-Präsident von Lothringen.

[Ueber die Verhaftung des Grafen Arnim] wird der „Germania“ aus dem Vatican geschrieben:

„Als Pius IX. die Verhaftung des einst als preussischen Gesandten beim h. Stuhle beglaubigten Herrn v. Arnim erfuhr, äußerte er folgende Worte: „Schauf! Schauf! (Ecco) Arnim im Gefängniß, ebenso wie ich in Haft. Das verdient er nicht! Sollte es ihm möglich sein, von mir ein Zeugnis zu erhalten, daß er hier gut gedient hat, ich würde es ihm geben; denn er hat in der That Alles gethan, was er gegen mich und gegen die Kirche zu thun im Stande war.““ Erliche Gefächtschreiber, wenn sie einst die Rechnung des Grafen Arnim machen, werden in Beziehung auf das, was er in Rom gethan, streng sein. Man weiß jetzt, daß er es war, der am 4. September Florenz passirte, mit den italienischen Ministern, und vorzüglich mit Lanza, Sella und Benosia, einig wurde, daß Italien sich Roms durch Waffengewalt bemächtigte. Man weiß aber auch, daß er es war, der vom 10. bis 20. September 1870 im Vatican die Versicherung gab, daß die Italiener sicher in Rom nicht mit Waffengewalt einziehen würden. Man weiß aber auch, daß er nach der Sette Vene fuhr, um Caborna zu drängen, so schnell als möglich nach Rom zu kommen.“ (Was die „Germ.“ nicht Alles weiß.)

**Schwerin, 12. October.** [Se. Majestät der Kaiser] wird, nach den hier bekannt gewordenen Dispositionen, am 21. d. Abends in Ludwigslust eintreffen, an den am 22. und 23. d. bei Ludwigslust stattfindenden Jagden Theil nehmen und am Morgen des 24. d. wieder abreisen.

**Eisenach, 11. October.** [Die zum Zweck einer Besprechung über Reichseinkommensteuer einberufene Versammlung,] welche Nachmittags 4 Uhr unter dem Vorh. von Schaaf (München) begann, war nicht minder zahlreich als die Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik. Wir verzeichnen unter den Teilnehmern die Herren v. Schaaf, Hirth aus München, v. Böhnen aus Bayern, v. Minnigerode, Wölff, und andere Reichstagsmitglieder sowie zahlreiche Landtagsabgeordnete der Thüringischen Staaten, namentlich die Herren Fries, Jortel, Späth, Muther, Rüder u. a. m. Die Versammlung ward eingeleitet durch einen umfassenden Bericht des Dr. Hirth über die Finanz- und Steuerverhältnisse des deutschen Reichs an der Hand sorgfältiger statistischer Angaben die wesentliche territoriale Verschiedenheit der einzelnen Staaten und Provinzen unter einander hervorhebend; so wies Redner nach, daß z. B. der Hamburger Staatsangehörige 4—5mal mehr Steuerfähigkeit habe als der Koburger-Gotha'sche Staatsangehörige. Diese Verschiedenheit sei durch die mannigfaltigen Gründe hervorgerufen und könne nicht ausgeglichen werden, aber unrichtig sei es, wenn diesen Verschiedenheiten seitens des Reichs nicht Rechnung getragen werde; Redner fordert daher eine einheitliche systematische Veranlagung der Steuer seitens des Reichs; und er wendet sich namentlich auch gegen die nach unten progressiv gehende indirecte Besteuerung: als System der Reichsteuer stellt er die directe progressive Reichsteuer hin, welche Anforderung den Gegebenen der Wissenschaft besser entspreche, als das bisherige System, und nach seiner Anschauung zur Verhöhnung der Klassengegensätze beitragen werden. In Bezug auf die praktische Durchführung dieser Idee steht für Redner nur die Reichseinkommensteuer oder Erwerbssteuer in Rede. Diese lasse sich in jedes Steuer-System leicht einpassen, zumal ja Einkommensteuern bereits in der Mehrzahl der Staaten bestehen; auch in Baden und Bayern trage man sich mit dem Gedanken einer Steuerreform, die voraussichtlich auf der Einkommenbesteuerung beruhen werde. Vor allem sei die Reichseinkommensteuer die Möglichkeit einer Erleichterung der Frage der Doppelbesteuerung und der Besteuerung der Actiengesellschaften. Eine Rechtskränkung der Einzelstaaten sei, nachdem die Bundesverfassung und mit ihr das Reichsteuergesetz angenommen, nicht möglich, auch werde den Bundesstaaten nichts von ihren Hoheitsrechten genommen, da die Steuererhebung durch die Einzelregierungen statzu finden habe, während dem Reich nur eine Controle zustiehe. Für die Opportunität einer Reform in der von ihm angegebenen Richtung spreche auch der Umstand, daß die gesammte Steuererhebung der deutschen Staaten mehr oder minder reformbedürftig sei: man möge aber an diese Frage durchaus nicht vom politischen Parteilichpunkt herantreten. Redner schließt, indem er Namens Münchener Parteifreunde folgende Resolution vorbringt: als nächstes Ziel der Steuerreform im deutschen Reich erlenne, wie die Erhebung der Matrikularbeiträge durch eine allgemeine Einkommen- oder Erwerbssteuer, welche derartig mit den Zöllen und Verbrauchssteuern zu einem System zu verbinden ist, daß jeder Deutsche möglichst nach Maßgabe seiner wirtschaftlichen Fähigkeit zu den Kosten des Reichs herangezogen wird.

b. Minnigerode ist im Wesentlichen mit den Grundgedanken, der in der Resolution zum Ausdruck gelangt ist, einverstanden, meint aber, daß die Befreiung der Einkommensteuer allein nicht richtig sei. Er schlägt vor, den ersten Satz zu fassen: Die Versammlung steht bei der Nothwendigkeit einer Steuerreform im deutschen Reich den Erlass für die zu beiseitigenden Matrikularbeiträge unbeschadet etwaiger Änderungen auf dem Gebiet der indirecten Steuern in der Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer oder Erwerbssteuer, welche u. s. w. wie oben.

Professor Wagener erklärt sich durchweg mit den Ausführungen Hirth's einverstanden, er betont aber namentlich die Zeitgemäßheit der von ihm vorgeschlagenen Reform, da das Reich vor größeren Ausgaben in Form und Manie, Bildung neuer Reichs-Aemter liege; während aber das Budget wachse, sei eine Abnahme der Einnahmen bemerklich; bisher konnten die Matrikularbeiträge herabgesetzt werden in Folge der Ueberflüsse, von denen keine Rede mehr sein, vorausgesetzt würden im Gegentheil die Matrikularbeiträge auf 40 bis 50 Mill. erhoben. Gegen eine Heranziehung der indirecten Steuern spricht Redner aus socialpolitischen Gründen aus; durch Vermehrung der Erträge der indirecten Steuern werde ein Bedeutendes nicht erreicht. Die Schwierigkeiten der Herstellung der Reichseinkommensteuer werden überschätzt; die gegenwärtige Besteuerung werde meist mit Unrecht von der Social-Demokratie ausgebeutet; es seien vielfach progressiv-Steuern nach unten. Wenn gegenüber der Reichseinkommensteuer auf Reichsgemeindeförderung hingewiesen werde, so sei das durchaus nicht zutreffend, die Gemeindeförderung sei von der Ertragssteuer wohl die schlechteste.

Sais (Canstatt). Die Gesehgebende Gewalt in Bezug auf das Steuerwesen müsse in die Hände des Reichs gelegt werden, wenn eine wirklich heilsame Reform erzielt werden solle. Dies sei ja auch in der Verfassung vorgesehen. Die Agitation sei auf Entwurfung, Verathung und Annahme eines Reichsteuergesetzes zu richten.

Hertthom (aus Schwarzburg) spricht sich für die Resolution Hirth's aus und schlägt die Wahl einer Commission vor, die einen Entwurf ausarbeiten und den Reichsbehörden unterbreiten werde. Der Vorlesende meint, es sei besser diese Frage bis zum Schluß der Debatte zu vertagen.

Nachdem noch die Herren Feiler in Bezug auf die Constituirung der Versammlung, Held (Wonn) und Blum (Weidberg) über die Sache gesprochen, nimmt Prof. Wagener die Hirth'sche Resolution wieder auf, nachdem Hirth die seinige zu Gunsten der mit v. Minnigerode vereinbarten zurückgezogen hat. v. Minnigerode berichtet auch seinerseits auf seinen Antrag. Diese ursprüngliche Hirth'sche Resolution wird angenommen. Die Versammlung schreitet alsdann zur Frage der Organisation eines Vereins. Müller-Gotha erörtert

diese Frage, er habe allerdings geglaubt man werde nach Art der Anti-corn law-ligue sofort zur Gründung eines Vereins zusammentreten, es sei aber geeigneter erschienen, diese Angelegenheit zur Vorbereitung, Einberufung einer zweiten Versammlung u. s. w. einem Ausschuß von 5 Personen zu überweisen. In denselben werden gewählt die Herren Schaaf, Hirth, Feiler, Blum, v. Minnigerode.

K. Eisenach, 11. October. [Congreß des Vereins für Socialpolitik.] Der Präsident des Ausschusses, Professor Rasse-Vonn, eröffnet die Versammlung um 9 Uhr und begrüßt die Versammlung Namens des Ausschusses. Es folgen zunächst geschäftliche Mittheilungen. Sodann wird durch Acclamation Professor Rasse zum Präsidenten des Congresses erwählt, welcher Anlaß nimmt, darauf hinzuweisen, daß der Professorenpolitiker zwar vielfach Vorwürfe gemacht seien, daß dieselbe jedoch durch die gegenwärtige Entwicklung der deutschen Verhältnisse gerechtfertigt worden, hoffentlich werde auch die Socialpolitik, die hier vertreten werde, eine ähnliche Rechtfertigung durch die Thatfachen erhalten. Zu Vicepräsidenten werden ernannt die Professoren Hildebrand und v. Sybel, ferner Staatsminister a. D. v. Roggenbach. Als Secretäre fungieren die Professoren Held, Knopf und die Redacteurs v. Bojanowski und Mühlbrecht. Professor Held-Vonn referirt über den ersten Gegenstand der Tagesordnung: Verfassung des Contractbruchs. Derselbe knüpft zunächst an die Verhandlungen des Jahres 1872 an und protestirt dagegen, daß man seine gegen die Verfassung gerichtete Ansicht als Ansicht des ganzen Vereins aufstelle. Es sei manches gereizte Wort gefallen, doch werde die jetzige Verhandlung gewiss rein sachlich gehalten werden. Vielfach sei ihm und seinen Freunden hyperfentimentale unpractische Arbeiterfreundlichkeit vorgeworfen. Aber er und seine Freunde seien entschieden Gegner der Socialdemokratie. Die Socialpolitiker seien Abkömmlinge der bestehenden und gebildeten Klassen, deren Einfluß zu unterstützen sei. In die gewöhnlichen Selbstinteressen seien er und seine Freunde nicht verwickelt; sammelten praktische Fälle, um auf dieselben ihr System zu bauen. Daher sei die Wissenschaft nicht unpractisch; namentlich dürften diesen Vorwurf nicht diejenigen erheben, welche der abstrakten Freiheitstheorie sich in die Arme geworfen hätten. Wenn Gelehrte in die Agitation eintreten, so wollten sie den socialen Frieden. Der eigene Stand werde aufmerksam gemacht auf die Pflichten der höheren Klassen und damit handle man gerade im Interesse der bestehenden Klassen. Stille Jucht sei es, die man in beiden, namentlich der eigenen Klasse wolle; man wolle Ordnung und Organisation in den Gewerben und verachte die utopischen Ideen der Socialdemokratie, welcher man das Ideal entgegenstelle. Lediglich diese Ansicht sei die Grundlage seiner Gegnerschaft gegen die Contractbruchfrage, welche keine Parteilichung sei, da Freihändler und Social-Politiker auf beiden Seiten zu finden seien. Für die Contractbruchfrage gebe es viele Motive; einmal eine gewisse Entrüstung wegen der Strafe; dann der Gedanke, es müsse gegen die übermächtigen Arbeiter etwas geschehen. Diese Motive könnten nicht Motive der Gesehgebung sein. In der Großindustrie sei der Contractbruch kein besonderes großes Uebel; oft aber bringe derselbe ernstliche Gefahren für Handwerk und Landwirtschaft. Endlich sei das wichtigste Motiv für die Contractbruchfrage, daß man dadurch der um sich greifenden Neigung zum Rechtsbruch und der sittlichen Verwilderung überhaupt vorbeugen wolle. Die Vertheidigung dieser Motive gestand Redner vollständig zu, ebenso daß der Staat zur Aufrechterhaltung der Sittlichkeit berufen sei und daß vom Standpunkte der Rechtsphilosophie die criminelle Verstrafung sich rechtfertigen lasse, wenn derselbe die öffentliche Ordnung gefährde. Darauf begründet Redner seine erste These:

„Der Bruch des Arbeitsvertrags, sowie die directe oder indirecte Verleitung zu demselben erscheint nicht nur als ein namentlich die Landwirtschaft und das Kleingewerbe schwer schädigendes Uebel, sondern vor Allem als schweres Unrecht, das von moralischem Standpunkt durchaus verdammt werden muß und dessen Verstrafung juristisch durchaus zulässig ist.“

Aber der Contractbruch sei mehr ein Symptom als eine Ursache gewerblicher Verwilderung; das Gesetz richte sich nur gegen das Symptom. Die Wirkung der Strafe werde vielfach schlimm sein. Davor, daß die Contractbruchfrage als ein Klagengeheh angesehen werde, brauche man sich nicht zu scheuen. Das Contractbruchdelikt müsse notwendig Antragsdelikt sein, wenigstens thatsächlich; der Antrag werde vielfach nicht gestellt werden, folglich werde die Strafe nicht regelmäßig eintreten und daher nicht abschrecken. In der Großindustrie werden die Arbeiter den eintägigen Contract einführen; dadurch werde der Drang der Arbeiter nach der Großindustrie noch stärker, und so entliehe Schaden für Gewerbe und Landwirtschaft. Bei dem Massen-Contractbruch sei die Strafe nicht möglich und erzeuge den Hohn der Arbeiter. Beim Einzel-Contractbruch gehe der Arbeiter der Strafe durch Ortswechsel aus dem Wege. Deshalb würden Arbeitsbücher verlangt; dann brauche man die Strafe nicht mehr, und dem Massen-Contractbruch könne man durch Beschlagnahme der Strite-Kassen wirksamer entgegenzutreten. Jedenfalls dürfe man sich zu der Strafe nicht entschließen vor unparteiischer gründlicher Untersuchung. Hierauf gründen sich Thesen 2 und 3.

2. Das häufige Vorkommen des Contractbruchs erzeugt und befördert sittliche Verwilderung des Arbeiterstandes. Inbezug ist dasselbe doch vor Allem als Folge tiefer liegender Verwirrung in den gewerblichen Verhältnissen zu betrachten. Daher erscheinen die praktischen Folgen einer Contractbruchfrage als sehr zweifelhaft, was um so mehr zu beachten ist, als eine solche juristisch zulässig, aber nicht geboten ist.

3. Ein gezieltes Einschreiten zur Sicherung des Arbeitsvertrags als der Anfang positiver socialer Gesehgebung kann nicht empfohlen werden, ehe durch gründliche und unparteiische Untersuchung der Umfang und die gewöhnlichen Ursachen des Contractbruchs, und durch Befragung von Sachverständigen aller Parteien die wahrscheinlichen Vorzüge und Nachteile der Verstrafung gegenüber anderen sehr zu erwägenden Mitteln zur Bekämpfung des Übels festgestellt sind.

Die Contractbruchfrage würde der Anfang socialer Gesehgebung sein, andere Seiten der socialen Frage müßten hier zuvor erledigt werden; so die Frage der Gewerbeverträge, welche die richtigen Richter für Contractbrüche seien. Führe man Gewerbeverträge ein, so frage sich, ob man Schiedsgerichte und Einigungsämter wolle. Darüber sei die Gesehgebung sich noch nicht klar. Diese Gewerbeverträge hängen mit den Arbeitervereinen zusammen. Dann kommen die Fragen wegen Klagen durch Delegirte und der civilrechtlichen Haft der Coalitionsclasse; es trete hierzu die Frage wegen der Fabrikordnungen und ob beim Bestande dieser ein eigentlicher Vertrag vorliege, oder nicht, endlich dränge sich auf die Frage des Lehrlingswesens wegen des besonders schlimmen Correctivs.

Ein isolirtes Contractbruchgesetz ohne Klarheit der Gesehgebung, wie sie sich zu den letzten Fragen stelle, sei ein Schuß ins Blaue, Vorrichtung und Ueberlegung im Anfang positiver socialer Gesehgebung sei nöthig. Eine Art von Gelegenheitsgesetz, wie dies in Rede stehende, erwerbe der Gesehgebung nicht die erforderliche Hochachtung. Am richtigen Punkte müßte der Anfang gemacht werden; zunächst müßte die Behandlung der socialen Frage würdig und energisch vorbereitet werden, namentlich durch richtig angestellte Enqueteen von Reichswegen. Redner schließt mit den Worten des Abg. Bamberger, man möge für Durchführung der socialen Gebote Mittel zur Verfügung stellen; dabei könnten die besitzenden Klassen zeigen, daß sie im Dienste des Allgemeinen ständen.

4. Ein solches gezieltes Einschreiten in Form eines isolirten Contractbruchgesetzes ist auch als inopportun zu bezeichnen, so lange die Gesehgebung nicht entschlossen ist, andere wichtigere sociale Fragen gleichzeitig zu regeln, und so lange dieselbe sich über die dabei zu befolgenden Principien nicht völlig klar ist. Denn der unbekannte Zusammenhang der Contractbruchfrage mit anderen socialen Fragen bewirkt, daß ein isolirtes Contractbruchgesetz notwendig ein sehr lüdenhaftes Gesetz bleiben muß. Ein lüdenhaftes Gesetz aber kann keine beabsichtigten Wirkungen nicht erreichen und wird leicht geradezu falsch wirken.

Correferent Dr. Dannenberg-Hamburg acceptirt Thesis 1 des Referenten und stellt als seine zweite These auf:

2) „Die civilrechtliche Schadenersatzfrage hat sich in den meisten Fällen als gänzlich unwirksam zur Verhütung und Verstrafung des Arbeitscontractbruchs gezeigt.“ Ferner



3) Eine strafrechtliche Verfolgung des Arbeitscontractbruchs, sowie der Verleitung zu demselben, ist deshalb notwendig, jedoch hat dieselbe nur dann einzutreten, falls durch den Contractbruch ein Schaden verursacht worden ist, und der Contracturliche den Ersatz desselben weigert, oder dazu außer Stande befunden wird.

4) Die strafrechtliche Verfolgung des Arbeitscontractbruchs und der Verleitung findet nur auf Antrag des Geschädigten statt.

Zunächst begründet Herr v. Hirsch seine Behauptung, daß civilrechtlich Schadenersatz vom Arbeitgeber nicht zu erlangen sei durch Bezugnahme auf die Hamburger Verträge. Sodann hebt derselbe hervor, der Contractbruch werde vielfach fiktiv. So durch Hinweis auf die Nothwendigkeit der freien Bewegung des Arbeiters; ferner dadurch, daß man lästige Fabrikordnungen für Contractbrüche annehme. Redner schildert die Verwirrung, die in Arbeiterkreisen bezüglich dieser Frage herrsche; selbst Gewerkschaften seien von dieser Verwirrung nicht frei; man habe sogar den Contractbruch als sittliche That gelehrt. Die Socialdemokraten suchten durch Contractbrüche die Erbitterung zu steigern. Die sogenannten besseren Mittel, die der Bestrafung vorzuziehen, seien theils schlimmer, als das Uebel selbst; so wenn man die Kündigungsfrist überhaupt abschaffen wolle, deren die Industrie in vielen Fällen gar nicht entbehren könne. Wenn gleichwohl in neuerer Zeit Handwerksmeister nicht selten nur noch einträgliche Contracte abschließen, so geschehe dies deshalb, weil dieselben es fast hätten, mit der Schadenersatz immer ohne Erfolg zu bleiben. In Hamburg werde jetzt in einem und demselben Gewerbe für und gegen die Kündigungsfrist gekämpft, je nachdem dieselbe in größeren Geschäften dem Arbeiter angenehm, bez. in kleineren unangenehm sei. Im Allgemeinen widerstehen sich die Arbeiter der Ausübung der Kündigungsfrist. Ferner behaupte man, die Strafe werde entbehrlich durch solidarisches Haft der Gewerkschaften; allein die Gewerkschaften zählten unter sich nicht die Mehr-, sondern die Minderheit der Arbeiter; es bleibe also der Mißstand bestehen bei allen, nicht den Gewerkschaften Angehörigen. Die Gewerkschaften hätten ferner Schiedsgerichte und Einigungs-Aemter an Stelle der Strafe empfohlen. Allein das auf Schadenersatz lautende Urtheil der Schiedsgerichte sei so wirkungslos, wie das gleiche Urtheil der ordentlichen Gerichte. Viel habe man von der steigenden Bildung erwartet. Etwas mehr Schulkenntnisse würden nichts helfen; aber das Aufwachen innerhalb der sittlichen Verwilderung des Contractbruchs werde die künftige Arbeitergeneration nicht moralischer machen. Eventuell heile die Zukunft nicht die Gebrechen der Gegenwart. Der heranwachsende Arbeiterstand nehme es mit seinen Verpflichtungen sehr leicht; dies sei der Anfang der Unmoralität, die sich nur vom Vortheile leiten lasse. Die Buchbindergehilfen Berlins hätten offen erklärt, bei ihnen breche jeder Lehrling den Contract, und diese Lehrlinge wieder später auch gewis die Gehilfencontracte zu brechen sich nicht scheuen. Vor der Hamburger Vergleichsbehörde seien wegen Contractbruchs im Jahre 1870: 228; 1871: 171; 1872: 469; 1873: 406 Klagen ausgestellt. Hierin liege schon genügend statistisches Material; die Klagen wegen Schadenersatz seitens der Arbeitgeber hätten ganz aufgehört. Ferner habe Referent Verurteilung vorgeschlagen bis zur positiven socialen Gesetzgebung. Wann diese komme, sei sehr ungewis; bis dahin dürften diese Mißstände nicht dauern. Gegen die Einführung von Arbeitsbüchern würden die Arbeiter noch stärkere Opposition machen, als gegen die Contractbruchsstrafe. Aus allen diesen Gründen hält Redner die Strafe für nothwendig und fordert gesetzliche Stütze für die der Strafe Bedürftigen; niemals könnten sociale Verhältnisse es rechtfertigen oder entschuldigen, daß eingegangene Verpflichtungen nicht gehalten würden. Ohne diese Stütze gebe die Reichsicherheit im Kleinergewerbe unter, oder verfinke im Proletariat. Wenn übrigens die Gewerkschaften Alles erfüllen, was sie versprechen, so werden Bestrafungen selten eintreten. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Hecht-Mannheim beantragt: 1) daß in Hecht's 1. These mit dem Worte „Unrecht“ geschlossen werde; 2) daß die These 2 mit dem Worte „zweifelhafte“ schließe.

Professor Neumann beantragt folgende Thesen:

1) Der Bruch des Arbeitsvertrags, sowie die directe und indirecte Verleitung zu demselben gestaltet sich nicht nur zu einem großen Uebel für das Kleinergewerbe und die Landwirtschaft, sondern ist auch ein Unrecht, dessen häufiges Vorkommen auf die sittlichen Vorstellungen der betheiligten Klassen sehr nachtheilig wirken muß; 2) indeß liegt hinreichende Veranlassung zu einer einseitigen Ausnahmestimmung, welche den Arbeitscontractbruch in den gedachten Gewerbezweigen mit Criminalstrafe bedroht, während Contractbrüche im Uebrigen regelmäßig strafflos bleiben, nicht vor; 3) in der von dem Kleinergewerbe schwer abzugrenzenden Großindustrie wird die Bestrafung des Arbeitscontractbruchs die Interessen der Arbeitnehmer in unüberwinderlicher Weise schädigen.

Landrath Tiedemann beantragt zu den Thesen des Correferenten:

ad 2. Die civilrechtl. Schadenersatzklage hat sich in den meisten Fällen als gänzlich unwirksam erwiesen. Sie würde nur dann von durchschlagender Wirkung sein, wenn sie auch gegen den Arbeitgeber gerichtet werden könnte, von welchem der contractbrüchige Arbeiter neu angagirt worden. Ad 5. Um den Inhalt eines Arbeits-Contractes außer allem Zweifel zu stellen, sind die Contractanten zur schriftlichen Abfassung desselben zu verpflichten. Es sind zu diesem Zwecke Contractbücher einzuführen, welche hinsichtlich der Dauer des Vertrages, der vorbehaltenen Kündigungsfrist, der Höhe des Lohnes und der Art der Dienstleistung in übersichtlichen Ausdrücken die vereinbarten Bestimmungen enthalten. Von der Eintragung in ein solches Contractbuch ist die Klagbarkeit des Vertrages abhängig zu machen.

Es wird die Discussion eröffnet; in der General- und in der Special-Discussion 5 Minuten gesprochen werden. Es erhält das Wort gegen die Contractbruchsstrafe Herr Tanson, der der Ansicht widerspricht, daß der Contractbruch aus der Unmoralität hervorgegangen sei. Arbeitgeber hätten vor der Coalitionsfreiheit Contracte vielfach in frivoler Weise gebrochen. Nicht die Großindustrie ziehe die Arbeiter, die Verhältnisse treiben die Arbeiter von dem platten Lande fort. Richtige Contracte seien in Arbeiterverhältnissen selten; solche Contracte würden gewis nicht gebrochen werden; auf jene uneigentlichen Contracte sei es lediglich zu beziehen, wenn einzelne Gewerkschaften den Anspruch gethan hätten, der Contractbruch sei gewissermaßen berechtigt. Was die Nicht-Realisirbarkeit der Schadenersatz betrefte, so treffe dasselbe für den Arbeitnehmer zu, wenn derselbe, durch Arbeitsmangel genöthigt, den Contractsort verlassen habe. Die criminelle Bestrafung sei nicht wirksam, das etwa fehlende Rechtsbewußtsein zu wecken; man dürfe dem deutschen Arbeiterstande nicht den Mafel anheften, derselbe könne nur durch Strafe zu einer Pflicht angehalten werden, denn die Mehrzahl besitze Rechtsgefühl, Moral. Landrath Tiedemann erklärt, es werde ihm in seinem (industriellen) Kreise wöchentlich mehrere Male ein Todtschlag oder eine schwere Verwundung gemeldet; dem Arbeiter sei das Gefühl für Recht und Sitte abhanden gekommen, er wolle selbst die Staatsgewalt nicht als über ihm stehend anerkennen; dem gegenüber müsse der Staat sein Recht geltend machen. Allerdings haben die Großindustriellen leider noch nicht den Waptspruch angenommen: „Noblesse oblige“; er kenne Arbeitgeber, die Stripes und Contractbrüche begünstigt hätten, um allein den Markt zu beherrschen. Deshalb empfehle er seinen Zusatz ad 2. Die Schließung der Contracte müsse den Betheiligten überlassen bleiben, und weil er mit dem Vorredner darin übereinstimme, daß ein solcher Contract vielfach nicht bestimmt; zur Hebung dieses Mißstandes diene sein Vorschlag ad 5. Was er wolle, sei lediglich eine schriftliche Constaturung des Contract-Inhalts. Neue Bücher geben Sicherheit gegen das Abmündigen von Arbeitern durch Concurrenz-Arbeitgeber. Auch müsse der Arbeiter sich über seine Persönlichkeit ausweisen können, was dem guten Arbeiter nicht schaden könne, sondern nützen müsse, während zugleich durch jene Arbeitsbücher die öffentliche Sicherheit gefördert werde. Es müsse der Satz zur Wahrheit werden, daß Niemand das Recht zu brechen unternehmen dürfe, ohne gewis zu sein, er werde vom Recht gebrochen werden. Dr. Hirsch wendet sich gegen den Correferenten. Derselbe habe ihm vorgeworfen, er habe dem Contractbrüche das Wort geredet. Er habe die freie Beweglichkeit des Arbeiters lediglich als Grundlage für seine Bestrafung auf lange Zeit geschlossener Arbeitscontracte betont, nicht aber als Rechtfertigung für Contractbrüche. Die Mißachtung von Recht und Sitte, soweit sie unter den Arbeitern vorkomme, sei von den höheren Ständen ausgegangen, wie das Verfahren von Fürsten und Prinzen bei den Rumänischen Eisenbahnobligationen und der Gründerwindel beweise. Die Ausnützung von Frauen und Mädchen, die Lohnzahlung in schlechtem Gelde — dagegen habe man Gesetze, erst nach Durchführung dieser möge man sich mit neuen Strafgesetzen beschäftigen. Die Socialdemokratie sei künftlich großgezogen als Waffe gegen die Bourgeoisie; auf die Partei, welche die Sache, solle die Haupt-schuld der socialen Verwilderungen. Professor v. Sybel: Die Socialdemokratie sei nicht künstlich gemacht; eine solche Partei, die so stark sei wie die Socialdemokratie, sei das Product tiefer liegender Ursachen, und es könne nicht zweifelhaft sein, aus welchen Mißverhältnissen n der wahrhaft liberalen und egalitären Ideen diese, an die Gewalt appellirende Partei hervorgegangen sei. Die Gewerkschaften seien eine kleine Minorität; die Social-Demokratie zähle nach Millionen, und daß deren Anhänger je der Zeit zur Begehung von Unrecht bereit seien, werde allseitig anerkannt. Er frage, ob Jemand in der Versammlung sei, der, wenn er bei einem Handwerker eine Bestellung mache, von der Lieferung sicher und fest überzeugt sei. Die Nothwendigkeit sei maß-

los; in Elberfeld und Barmen wäße es keine Dame mehr, bei Abend ohne robuste Begleitung die Thore zu überschreiten; ähnlich stehe es in Köln und Bonn. Der Reichstagsabgeordnete Haselmann habe im Reichstage erklärt, den Arbeiter zum Halten des Contracts zu verpflichten heiße, ihn zum Muli degradieren. Diese Rede sei von der Masse mit Jubel aufgenommen; all' dieses bewege ihn, an die Entwicklung der Dinge zu denken, die der Ordnung aus und durch sich selbst nicht mehr zu glauben. Wenn große Diebe frei umherläufen, so möge auch für sie das Strafgebuch geschrieben sein; aber wie man folgen könne, die kleinen Diebe müßten laufen gelassen werden, das sei ihm unverständlich. Dem ehrenhaften Arbeiter füge die Criminalstrafe keine Schande zu; wer nichts vom Spießbuben an sich habe, der finde sich durch die Bestrafung des Diebstahls nicht bedroht; wer nichts vom Contractbruch an sich habe, der fühle sich nicht durch die Strafe des Contractbruchs bedroht. Es gebe mehrere Contractbrüche, die bereits mit Strafe bedroht seien, so der Bankrott; das Trudhsystem; die ratio sei der öffentliche Charakter, das öffentliche Interesse. Die trübe Atmosphäre unserer gewerblichen Verhältnisse müsse gereinigt werden. Durch einzelne feste unterkennbare Richtschnur müssen Führer wie Massen wieder auf den rechten Weg zurückgebracht werden. Schon haben diese Zustände deutsche Häuser von fernern Märkten vertrieben; die französische Industrie gelte jetzt für solidere, als die deutsche; dagegen appelliren er, wenn auch mit schwerem Herzen, doch entschieden auch an den Kriminalrichter. (Lebhafter, wiederholter Beifall.) Köhler: Niemand habe bis jetzt den Satz des Referenten widerlegt, daß die Strafe wirkungslos sei; werde und nicht zur Erhöhung der Majestät des Reiches diene. Jeder Klage wegen Contractbruch werde der Angeklagte entgehen, er habe Gründe gehabt, den Contract aufzuheben. Dies werde öfters zutreffen und mache die Wirksamkeit des Gesetzes völlig illusorisch. Das Uebel der Gewerkschaften, für ihre Mitglieder solidarisch zu haften, sei nicht genug beachtet; werde dies Anbieten Thatsache, so würden die Gewerkschaften die künftigen, mithin die geschäftlichen Arbeiter, dann werde die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften sehr stark wachsen. Schulze-Mainz (Secretär der Handelskammer): Die Zahlen der Handelskammer-Enquete, nach welcher die Stripes nur selten mit Contractbrüchen verbunden gewesen seien, seien unrichtig. Die Großindustrie könne sich schützen; die Frage sei nur: wie? Durch Umherfenden wahrhafter Proscriptionslisten. Allerdings würde durch einseitig erlassene Fabrikordnungen vielfach grober Mißbrauch getrieben; allein die Fabrik sei ohne Fabrikordnung nicht möglich; man werde sagen, die Ordnungen müßten vereinbart werden; dies geschehe vielfach bei gelehrten Arbeitern und im Uebrigen würden die Bestimmungen nicht so streng gehalten. Das sei allerdings nur ein That- und kein Rechtszustand; allein der letztere werde aus dem ersteren sich entwickeln. Aus der Möglichkeit, für den Arbeitgeber durch Leistung des Schadenersatzes für seinen Contractbruch die Strafe abzumenden, ergebe doch nicht, daß man diese Folge thatsächlicher Verhältnisse zu Ungunsten der Arbeitgeber wirken lasse. Professor Brentano beantragt, statt der Worte von „jedoch — bis befunden wird“ in These 3 der Dannenberg'schen Resolution zu setzen: „Gleichzeitig soll jedoch ein Gesetz erlassen werden, welches Vereinen, die für Contractbrüche ihrer Mitglieder haften, Corporationsrechte ertheilt.“

Die Versammlung beschließt, daß von nun an kein Redner länger als fünf Minuten sprechen darf.

Dr. Hecht-Mannheim beantragt, in der Hecht'schen Resolution die Bezugnahme auf juristische Zulässigkeit zu streichen.

Dr. Gras: Gewisse Industrien (Bergwerke, Zeitungsverlag u. s. w.) sind nicht im Stande, einem Strike entgegenzutreten, folglich ist auch die Großindustrie durch den Contractbruch unter Umständen schwer bedroht. Derselbe betont die Nothwendigkeit, das Rechtsbewußtsein wieder zu stärken.

Es wird ein Antrag auf Schluß angenommen.

Correferent Dr. Dannenberg hält seine Thesen aufrecht; es sei durch-aus in der Ordnung, daß die Contractbruchsstrafe dann cessire, wenn der Schaden erlosch. Referent Professor Hecht will die Sachverständigen befragen wissen, ob sie die Strafe wollten und ob sie nicht ein besseres Mittel kennen. Die große Verwilderung sei das Hauptargument der Verfechter der Contractbruchsstrafe; jene Verwilderung habe er anerkannt. Wenn man die Strafe wolle, dann müsse man auch die Arbeitsbücher wollen; deshalb möge man es mit diesen und mit der solidarischen Haft versuchen.

Dr. Bessog-Noskov beantragt, von jeder Abstimmung zur Zeit abzusehen, bis die Ursachen des neuerdings massenhaft auftretenden Contractbruchs klar gestellt. Wird abgelehnt. Zunächst wird über die gleichlautende These Nr. 1 des Referenten und Correferenten abgestimmt. Derselbe wird angenommen; gleichfalls Nr. 2 der These des Correferenten Dannenberg. Der Zusatz des Landraths Tiedemann wird abgelehnt. Der erste Satz der Nr. 3 der Dannenberg'schen Thesen (bis „nothwendig“) wird mit 31 gegen 27 Stimmen, der Schluß mit größerer Majorität und sobald die ganze Nr. 3 mit 33 gegen 30 Stimmen angenommen. Auch Nr. 4 wird angenommen und die Nr. 5 des Landraths Tiedemann. Schluß der Sitzung 3 1/2 Uhr.

Eisenach, 12. October. [In der heutigen Vormittags-sitzung des Vereins für Socialpolitik] referirte Ralle (Wiebich) über Inva-liden- und Altersklassen. Derselbe begründete seine Thesen, daß die gesetzliche Regelung des Pensionswesen's dringend erforderlich, daß die staatliche Anerkennung von Pensionsklassen und die Ertheilung von Corporationsrechten an dieselben von Einhaltung der zu erlassenden gesetzlichen Vorschriften über Bildung und Verwaltung derselben abhängig zu machen sei, daß die Er-richtung von Rassen, wenn dergleichen innerhalb eines gesetzlich fixirten Ter-mines durch freiwillige Vereinigungen nicht gebildet sind, durch unter staat-licher Mitwirkung gebildete Verbände stattfinden habe und daß nach Maß-gabe des Umfangs, in welchem die Errichtung von Rassen fortschreitet, für alle Lohnarbeiter, auch für diejenigen der Landwirtschaft, die Verpflichtung eintreten müsse, einer Pensionsklasse beizutreten. Franz Duncker, welcher an Stelle des erkrankten Mar Hirsch das Correferat übernommen hatte, sprach sich für die Einführung von Gewerkschaften aus und erklärte ebenfalls die schleunige Regelung des Pensionswesen's der Arbeiter durch die Reichsgesetzgebung für geboten. Im Einzelnen verlangte er die Aufstellung von Normativbedingungen für die Einrichtung der Rassen, wonach eine obrigkeitliche Concession für dieselben nicht erforderlich und ihre Verbindung mit bestehenden anderen Vereinen zu-lässig sein soll. Den Rassen soll ferner die vollständige Selbstverwaltung unter Mitwirkung staatlich approbirter Sachverständiger eingeräumt werden. Denjenigen Mitgliedern, welche aus anderen Gründen als wegen Nichterfüllung ihrer Vertragspflicht, ausgeschlossen werden, soll eine Entschädigung ge-währt werden. — Ueber die Anträge der beiden Referenten fand eine längere Debatte statt, in welcher Hecht, Knauer und Wagner-Berlin für die Einfüh-rung von Zwangskassen, Müller, Gras und Engel (Berlin) gegen die Errich-tung obligatorischer Rassen sprachen. Eine Beschlußfassung wird erst in der heutigen Abend-sitzung stattfinden. Nach Schluß der Debatte stellte Engel (Berlin) noch den Antrag, bei dem preuß. Handelsministerium eine Verfassung der Er-gebnisse der von demselben angestellten Enquete über das Arbeiterpensionswesen nachzufragen, und beantragte ferner eine aus Mitgliedern des „socialpolitischen Vereins“ und der volkswirtschaftlichen Gesellschaft bestehende gemeinschaft-liche Commission zur Ausarbeitung eines Entwurfs für gesetzliche Regulirung der Arbeiter-Invalidenklassen zu wählen.

### Schweiz.

Bern, 8. October. [Der Weltpostcongreß] nahm in seiner gestrigen Sitzung die General-Abstimmung über den Postunions-Vertrag vor. Seine Annahme erfolgte mit Einstimmigkeit, ausgenommen die Stimme Frankreichs, das sich der Abstimmung enthalten und dessen Vertreter, Herr Besnier, folgende Erklärung abgab:

„Meine Herren! In seiner Sitzung vom 30. September hat der Congreß auf Antrag des Herrn Vincent einstimmig den Wunsch ausgesprochen, ich sollte Beauftragter Unterzeichnung des Unionsvertrags unter besonderem Vorbehalten von meiner Regierung neue Instruktionen verlangen, welchen Wunsch ich mich in Paris mitzutheilen beehre. Trotzdem, daß meine Regierung den sympathischen Antrag des ehrenwerten Vertreters Belgiens, sowie seine einstimmige Annahme seitens des Congresses zu schätzen weiß, glaubt aber dieselbe auch heute unter den gegenwärtigen Verhältnissen ihre Unterschrift noch nicht sofort geben zu können, weil sie sich in der Nothwendigkeit befindet, der National-Versammlung, welche souverain ist, die durch die Congreß-Beschlüsse aufgeworfenen Fragen vorher vorlegen zu müssen; immerhin bin ich zu folgender Erklärung in ihrem Namen ermächtigt: „Die französische Regierung, indem sie der liberalen Gesinnung, von welcher der Congreß sich befeelt geigt hat, sogar der Mehrzahl der beratenden Reformen alle Gerechtigkeit widerfahren läßt, was sie mit der Annahme des Vorschlages, den nächsten Congreß nach Paris einzuberufen, beweisen zu haben hofft, weist den Ge-danken, sich mit den Mächten, welche diesem Vorschlage ihre Zustimmung ertheilt haben, enger zu vereinigen, nicht von sich.“

Auf diese Erklärung, welche von der Versammlung mit längerem Applaus begrüßt wurde, erwiderte Präsident, Bundesrath Borel:

„Der einstimmige Beifall, welcher der Eröffnung des ehrenwerten Dele-girten Frankreichs zu Theil wurde, beweist die Genugthuung, welche sie dem Congresse verursacht hat, in so hinreichender Weise, daß ich mich jeder an-

ren Rundgebung überheben darf. Das Werk unseres Congresses würde in der That nicht vollständig sein, wenn sich ihm nicht ein so bedeutendes Land wie Frankreich zugesellen würde. Indessen glaube ich in ihrem Namen die feste Hoffnung aussprechen zu können, daß die französische National-Versamm-lung diese Eröffnung bestätige und Frankreich der neuen Postreform nicht fremd bleiben lassen wird. Ich würde nicht vollständig der Dolmetscher Ihrer Gefühle sein, wenn ich mich nicht beiste, dem Vertreter Frankreichs die volle Achtung der Mitglieder dieser Versammlung und unsere volle Genugthuung über die Theilnahme seiner Regierung an dem von uns unternommenen Werke des Fortschritts auszubringen.“

Morgen wird die feierliche Unterzeichnung des Unionsvertrages statt-finden und dem Congresse vom Bundesrath noch ein Abschieds-Banket im „Bernser Hofe“ gegeben werden. Zur Bestreitung der Kosten der internationalen Postbüreaus sind 75,000 Francs aus-geworfen.

[Ueber den Entwurf eines einheitlichen Betreibungsgesetzes in Schuldsachen] ist ein gewaltiger Kampf entbrannt, der beweist, wie schwer es ist, die Cantone unter einen Hut zu bringen. Der Entwurf von Prof. Heusler in Basel, schreibt man dem „Schw. M.“, enthält die Betreibung auf Concurs, während die Berner und die Welschen für ihre Betreibung auf Pfand wie ein Mann einsehen und die Falliterklärung verabscheuen, und es ist wahrscheinlich, daß sie als die Rührigeren durchdringen. Im Osten herrscht in dieser Be-ziehung große Theilnahmslosigkeit. — Womöglich noch schwieriger ist die Bearbeitung des Niederlassungsgesetzes. Auch dieser Arbeit wollte oder könnte sich kein Mitglied des Bundesrathes unterziehen. Man übertrug dieselbe dem gewesenen Mitgliede Dr. Dubs, was nach Allem Vorangegangenen etwas auffallen mußten. Dessen eingebent soll Dubs die Annahme des Auftrags ernstlich bedacht und schließlich gefunden haben, er sei es dem Lande schuldig, die Last auf sich zu nehmen.

### Rußland.

E. St. Petersburg, 7. October. [Die russisch-officiöse Presse und die schleswig-holstein'sche Frage.] Der Ihnen neulich meinerseits sofort analysirte und beleuchtete Artikel der russischen „St. Petersb. Ztg.“ über die schleswig'sche Frage ist noch immer Gegenstand des allgemeinen Interesses und wird namentlich in den deutschen Kreisen auf das Lebhafteste besprochen. Heute bringt auch die deutsche „St. Petersb. Ztg.“, freilich etwas spät, eine Antwort auf denselben. Was mich veranlaßt, noch ein Mal auf das Thema zurück-zukommen, ist die Annahme des immer möglichen Falls, es könnte vielleicht auch draußen die Meinung auftauchen, welche hier im Publi-kum nicht vereinzelt laut geworden, daß nämlich dieser bei der bishe-rigen Haltung des angesehenen Journals so auffällige Artikel einen officiösen Charakter habe. Nichts ist irriger als dieser Glaube. Der Zweck einer officiösen Meinungsäußerung könnte doch nur der sein, auf die Sache selbst einen Einfluß zu üben; dazu wäre aber die erste Bedingung eine den Thatsachen wirklich entsprechende Berichterstattung über den Stand der Frage — und ich habe Ihnen gezeigt, wie sehr dieselbe von der Wahrheit abweicht. Man darf der als anständig und ehrenhaft bewährten Redaction gegenüber nicht so weit gehen und mit der deutschen „St. P. Ztg.“ die Möglichkeit annehmen, das Blatt habe die Wahrheit absichtlich entstellt — dasselbe war einfach nicht orientirt und verdient daher den Vorwurf der Leichtfertigkeit, wie es den Mißerfolg erntet in der Sache durchaus wirkungslos zu bleiben. So unpräparirt pflegen die russischen Officiösen aber nicht in die Klasse zu kommen. Nein, es handelt sich hier, wie ich schon entwickelte, um einen innern, psychologischen Vorgang privater Natur; man ist, und nicht ohne Grund, verlegt und erregt wegen der theilweisen äppigen Behandlung der seitens Rußlands in der spanischen Frage bewiesenen Selbstständigkeit, und aus dieser Erregtheit folgte dann auch die in-sachliche Beziehung bewiesene tragische Oberflächlichkeit. Es wäre wirk-lich zu wünschen, daß man die Sache allgemein so mit Ruhe betrachte und nicht durch Ueberbieten im Affect dem Blatte die Rückkehr in seine alte Bahn erschwere. Das officiöse „Journal de St. Petersburg“ macht sich seinerseits Deutschland gegenüber sehr liebenswürdig. Nach-dem es die Noth der „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Ausweisungen in Schleswig mitgetheilt, zählt es noch einmal all' die in der letzten Zeit gegen die deutsche Reichsregierung ausgeflogenen „Enten“ auf, und indem es sich die Mühe giebt, die Ursachen für die Ausbrütung der-selben aufzuleuchten, stellt es sie in das richtige Dunkel. Dabei kommt das Journal zu dem Schluß, „diese Sündfluth von Erfindungen nicht allzulehr zu beklagen.“ „Muß man nicht“, sagt es, „darin einen Beweis dafür sehen, daß die Större des europäischen Friedens nichts zu beissen finden und genöthigt sind, sich mit dem bescheidensten Mable zu zufrieden zu geben? Ohne Zweifel würden sie, wenn ihre Mittel ihrem guten Willen entsprächen, um irgend eines unwesentlichen Zwischenfalls willen einen allgemeinen Krieg erregen, und wäre es um der „Ente“ willen, welche der „Nord“, wie uns scheint, ungerecht gethan hat, ernst zu nehmen, nach der nämlich ein Theil der Madrider Journale daran arbeitete, eine fremde Intervention hervorzurufen. . . Der Mangel an parlamentarischen Verathungen und an Ereignissen, welche fähig wären, die Masse des Publikums zu reizen, hat, so glau-ben wir, den Hauptantheil an den plumpen Erfindungen, mit denen sich eine ansehnliche Fraction der europäischen Presse nährt, und An-geichts dieser Ursache hat man nicht allzuviel Grund, die Wirkung zu beklagen. Es ist nur rathsam, diese Phantasten allein für das zu nehmen, was sie sind, — und unsere Leser werden anerkennen, daß sie nicht ein einziges Mal die Kraft gehabt haben, einen Eindruck auf uns zu machen.“ Dieser letzte Satz dürfte auch an die Adresse der „St. Petersb. Ztg.“ gerichtet sein.

### Afrika.

Alexandrien, 28. September. Ueber die gefürchtete Ueber-schwemmung in Aegypten bringt eine Correspondenz der „Times“ von vorliegendem Datum verschiedene interessante Einzelheiten. Schon im Mai — so heißt es darin — war es bekannt, daß die Fluth des Nil in diesem Jahre eine außergewöhnliche Höhe erreichen würde, aber die Wirklichkeit hat die Erwartung hinter sich gelassen. Bekanntlich fangen die tropischen Regen-güsse in Central-Afrika und Abyssinien gegen Ende Februars an; in Abys-sinien zeigt sich die Ueberfluthung im April und gegen Mitte Juni tritt sie im Delta auf und hält in dem Fluththale ungefähr drei Monate an. Früher, als die Baumwollzucht unbedeutend war, ließ man dem Wasser überall ungehindert seinen Lauf, jetzt aber, besonders unter des Khediven Regime, hat man die Ufer des Nils von oberhalb Kairo bis zur Mündung mit großen Dämmen von schwarzem Mörtele eingestaut und selbige durch fort-gesetzte Verbesserungen gesichert. Indes beherzigen sie die Fluthen nur bis bis zu einer Höhe von 26 1/2 Pies (= 9 Meter), und schon am 26. Septem-ber hatten dieselben die Höhe von 25 Pies erreicht. Die Regierung aber und das Volk entwickelten unausgesetzte Wachsamkeit; nicht weniger als 200,000 Mann waren in Unterägypten vertheilt und an besonders gefährdeten Stellen stand alle 50 Schritte ein Wächter. In der Zeit vom 26.—28. September blieb die Höhe des Flusses stationär und, wenn sie nicht weiter steigen sollte, wäre das Land um eines Haares Breite unendlichem Unglücke entronnen. Auch jetzt ist der Schaden, den einzelne Korn- und Zuderrohrfelder erlitten, nicht unbedeutend.

### Provinzial-Beitung.

Breslau, 12. October. [Freireligiöse Gemeinde.] Gestern am 12. October beging die Gemeinde das am 1. d. Mts. wiedergetriebene Grin-nerungsfest an den Brief Joh. Ronge's im Jahr 1844, welcher eben Anlaß zur freireligiösen Bewegung unserer Tage zu werden bestimmt war. Vor-mittag fand die religiöse Feier in der Halle auf der Grünstraße Nr. 6 statt,



zu welcher Herr Hofferichter den Festvortrag übernommen hatte. Chor-  
gefang der Gemeindefänger unter Leitung des Vorstandsmitgliedes Herrn  
Pabel versöhnte die Feier und mit kurzem Gesang der Gemeinde begann  
und schloß dieselbe. Am Abend fand im unteren Saale des Café restaurant  
die gefällige Feier statt, zu welcher ein großer Theil der Gemeinde erschienen  
war. Die Gemeindefänger eröffneten diesen Akt mit Vortrag eines kurzen  
Liedes, wie sie überhaupt auch im weiteren Verlauf des Abends die Gesell-  
schaft mit Gesang erfreuten. Der Prolog sprach darauf eine Tochter unseres  
Hofferichter, Fräulein Anna. Sie hob in kurzen wohlgeordneten Versen die  
Bedeutung des Tages und das Ziel der Bewegung hervor und wurde von  
allseitigem Beifall begrüßt. Ihr folgte mit einer gebieterischen Festansprache  
Herr Phil. Krebs, dann sprachen noch der Vorsitzende der Gemeinde, Herr  
Kimpler, und andere Gemeindeglieder. Herr Hofferichter gedachte in  
seinen Worten der Verdienste gestorbenen Mitglieder, z. B. Herrn Professor  
Rees v. Gienbed († 1888), Dr. Behnig u. A., wie lebender, Herr Stadtrat  
Hillebrand und des fernern Dr. Engelmann in Brüssel, Herrn Werk-  
führer Frost schloß mit einem Hoch auf die Breslauer Gemeinde. Der Ge-  
sang zweier Taffellieder, von Literat Krause und Herrn Frost verfaßt, und  
weitere Ansprachen füllten den Rest des schönen Abends aus, der noch lange  
in der Erinnerung der Mitfeiernden leben wird.

— d. Breslau, 13. October. [Die Volksversammlung], welche  
gestern Abend in dem bekannten Local von Scholz tagte, wurde, da Herr  
Hinderers bei seinem Vortrage über die Broschüre: „Wider die Social-  
Demokratie“ von Ernst von Cynern, sich auf social-politischem Gebiete be-  
wegte, von dem anwesenden Aufsichtsbereame geschlossen.

— d. [Lyceum für Damen.] Der Eröffnung des Lyceums für Damen,  
welche gestern Nachmittag 5 Uhr, im Saale des Maria-Magdalena-Gymna-  
siums stattfand, wohnte ein gewähltes Publikum bei. In der Eröffnungs-  
rede führte Fräulein Amalie Hilz aus, daß es bei der Gründung des Ly-  
ceums vor 4 Jahren einer eingehenden Erläuterung der Tendenzen desselben  
bedurft habe, um die Existenz dieses Instituts zu rechtfertigen. Nunmehr  
sei die Existenz als eine vollberechtigte und notwendige anerkannt. Nachdem  
die deutsche Nation so gewaltige Fortschritte gemacht habe, sei auch mehr und  
mehr der Drang nach einer würdigen Geistesbildung erwacht, das Streben nach  
Bildung mehr und mehr hervorgetreten. Warum solle die Frau nicht An-  
theil nehmen an diesem erhöhten Streben nach Bildung? Sei es doch ge-  
rade das klare Urtheil, der Besitz von Kenntnissen, welche einen berechnenden  
Einfluß auf das Handeln des Weibes, das Bestreben als Verbreiter hoher  
moralischer Ideen schildert, ausüben. Der hohe Beruf des Weibes, welcher  
für dasselbe in der Erziehung der Kinder liege, finde keine genügende Grund-  
lage in dem Instinct, an den man in dieser Beziehung so oft appellire, son-  
dern vielmehr in einer gebieterischen Schulbildung, welche nicht mit unnötigen  
Belastungen den Kopf belasten, sondern einen erziehenden Charakter haben solle.  
Man dürfe nur dem weiblichen Bildungsgange die Ebene vorzeichnen, in der  
er sich bewegen solle und es würden sich Fortbildungsschulen bilden, die ihrer  
immer Natur gemäß obligatorisch werden würden. Möge, wie Herrin  
schließt, die von den Vertretern der Wissenschaft dem Lyceum geschenkte Gunst  
die schönsten Früchte tragen und Alle zum höchsten Ziel von Sitte und Bi-  
ldung führen. — Darauf wurde die Reihe der Vorlesungen in diesem Win-  
terhalbjahr durch einen geschichtlichen Vortrag des Gymnasial-Directors  
Seine eröffnet.

— [Verurteilung.] Wie der „Fränk. Cour.“ meldet, erhielt der Privat-  
docent Dr. Th. Cimer in Würzburg gleichzeitig einen Auf als außerordent-  
licher Professor in Breslau und als Professor am Polytechnikum in Darm-  
stadt und Director der groß. zoologischen Sammlung.

— [Zagden bei Mäusau.] Am 7. d. M. fand auf Revier Neuborf  
die zweite Hirschjagd statt, wobei der Fürst zu Wied einen starken Zehn-  
ender erlegte. Am 8. unternahmen die Herrschaften eine Partie nach dem  
Jagdschloß „Hermannsruh“ und am 9. wurde auf Revier Weißfessel eine  
Hirschjagd veranstaltet.

— [Briefstauen.] Wie der „Glogauer Stadtbote“ berichtet, hat ein  
Herr Carl Schiffer am Sonntage Mittags kurz vor 12 Uhr vom Bahn-  
hofe zu G. Glogau aus 14 Briefstauen nach Reichenberg bei Jittau fliegen  
lassen. Die Tauben schlugen sofort die Richtung nach dem Bestimmungsorte  
ein. Einige sollen bereits eingetroffen sein.

— [Personalien.] Es wurde berufen: der bisherige Vicar Feld zum  
Pfarrer der evangelischen Gemeinde in Liebenwalde. Befördert: die Rechts-  
Candidaten Kaufmann zu Liegnitz und Albinus zu Glogau zu Referendarien  
der Civil- Supernumerar Springer in Freistadt zum Bureau-Diätar. Der  
Civil- Supernumerar Franke zu Löwenberg zum Bureau-Diätar bei dem  
Kreisgericht zu Goldberg. Der Feldwebel Clemenz zu Jauer zum Bureau-  
Schreiber bei dem Kreisgericht zu Goldberg. Veretzt: der Controlleur Pohl  
zu Rothberg als Calculator an das Kreisgericht zu Lauban. Der Bureau-  
Diätar Scholz zu Löwenberg an das Kreisgericht zu Grünberg. Ausgetrie-  
ben: der Referendar Niesch zu Glogau auf seinen Antrag. Der Referen-  
dar Gr. zu Dobna-Land zu Liegnitz, behufs seines Uebertritts in das Depar-  
tement des Appellations-Gerichts zu Marienwerder. Der Referendar Wiesner  
zu Sagan, behufs seines Uebertritts in das Departement des Appellations-  
Gerichts zu Frankfurt a. D. Pensionirt: der Bureauassistent Reppich zu  
Rauemburg a. D. Der Bureau-Diätar Göhe zu Goldberg. Ernannt: bei  
dem Oberbergamt in Breslau: der Oberbergamts-Assistent Walter zum  
Oberbergamts-Secretär, der Schichtmeister-Assistent Lehmann in Tarnowitz  
zum Oberbergamts-Assistenten. Bei dem Hüttenamt zu Malapan: der  
Ingenieur Schulze zum Maschinenmeister, der Bureau-Diätar Gehlich zum  
Hüttenamts-Assistenten. Bei der Berginspektion zu Zabrze: der Schichtmeister-  
Assistent Obst zum Schichtmeister, der Militärämter-John zum Schicht-  
meister-Assistenten. Bei der Berginspektion zu Königsbütte: der Civilam-  
wärter Becke zum Schichtmeister-Assistenten. Uebertragen: dem Oberbergamts-  
Assistenten Wilum die Geschäfte des Nebentanten und dem Oberbergamts-  
Assistenten Lehmann die Geschäfte des Controlleur bei der Oberbergamts-  
Kasse in Breslau.

— [Geburten und Mortalität.] Im Laufe der letztverflossenen Woche  
sind hierorts polizeilich angemeldet worden: als geboren 108 Kinder männ-  
lichen und 75 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 183 Kinder, wovon  
19 außerordentlich; als gestorben 64 männliche und 65 weibliche, zusammen  
129 Personen incl. 6 todgeborener Kinder.

— d. Giesberg, 12. Oct. [Altatholische Gemeinde. — Verein  
junger Kaufleute. — Handlungs-Ebenen- und Gewerbe-Fort-  
bildungsschule. — Amtseinführung.] Durch ein Schreiben des  
Bischofs Dr. Reinkens vom 8. d. Mts. ist dem Vorstande der hiesigen  
altatholischen Gemeinde eröffnet worden, daß zur seelsorgerlichen Bedienung  
der hiesigen Altatholiken der Herr Cultusminister vom 1. October  
dieses Jahres ab für drei Jahre einen Zustuß von 200 Thaler jährlich  
bewilligt hat. Diese Summe wird von der königl. Regierung zu Breslau  
in Quartalsraten pränumerando an den Bischof und durch diesen an die  
Gemeinde gezahlt, darf aber nur für „seelsorgerliche Bedienung“, also für  
Remunerationen des Geistlichen, Küsters, Organisten u. und Cultuskosten  
verwendet werden. Prof. Dr. Weber aus Breslau, welcher gestern in der Aula  
des neuen Mädchenschulhauses hier selbst altatholischen Gottesdienst abhielt,  
ertheilte Tags vorher in einem Vortrag der Mädchenschule den ersten  
altatholischen Religions-Unterricht, an welchem 14 Schüler Theil nahmen.  
Der hiesige „Verein junger Kaufleute“ feierte am vergangenen Sonntagen  
sein dreizehnjähriges Bestehen durch ein gemeinsames Abendbrot im Sie-  
genbühlischen Saale. Als die Krone seiner bisherigen Wirksamkeit darf der Verein,  
an dessen Spitze gegenwärtig Herr Fabrikbesitzer Siegert steht, wohl die Grün-  
dung und Erhaltung der hies. Handlungs-Ebenen-Schule betrachten, deren Lehrplan  
den Lehrlingen des Kaufmannsstandes Gelegenheit giebt, für ihren Beruf  
eine geordnete wissenschaftliche Ausbildung sich zu eigen zu machen. Unter-  
richtet wird in der Anfangs im Englischen und Französischen, im kaufmänni-  
chen Rechnen, in der Stylistik in der einfachen und doppelten Buchführung  
und in der Handels-Geographie und -Geschichte. Der diesmalige Winter-  
Cursus wurde am 5. d. M. eröffnet. Tags darauf, geschah dasselbe von der  
Gewerbe-Fortbildungsschule, welche für ihre Zwecke von derselben  
Bedeutung, wie jene Anstalt für die übrigen, ist. Die Umwandlung der  
Schule in ein städtisches Institut und damit zugleich eine Erweiterung des  
Lehrplans steht bevor. — Heute Vormittag erfolgte in der Mittelschule  
hier selbst die amtliche Einführung des neuangestellten Conrectors, Herrn  
Kraus aus Schlochau in Westpreußen.

— d. Neumarkt, 12. October. [Tageschronik.] Vom herrlichsten Wetter  
begünstigt, gehen unsere Saate auf, so daß man bei dem frischen Grün der  
Felder in die liebe Frühlingzeit sich zurückversetzt glaubt. Heute Vormittag ent-  
setzten in der Nähe unseres Bahnhofs bei einem Güterzuge 3 Wagen  
welche zum Theil mit Petroleum geladen waren. Die Wagen und ihr In-  
halt sind zertrümmert, die Strecke war einige Stunden lang nicht befahrbar,  
allein von Breslau schleunigst herbeigeschickten Bahnarbeitern gelang es, den  
Weg wieder frei zu machen und konnte einige Stunden nach dem Unfall  
der Personenzug nach Breslau weiter abgelassen werden — Heute Mittag fuhr  
ein herrschaftl. Kutscher mit seinem Gespann im raschen Trabe durch die Stadt  
und auf einen, in der durch die Stadt führende Breslauerstraße haltenden Arbeits-  
wagen, sowie die die Dächer desselben vollständig zertrümmert wurden. Durch

den heftigen Stoß wurden zwei Menschen aus dem Wagen geworfen, die  
bedeutende Contusionen erlitten, der Eine mußte völlig lebenslos vom Blase  
geschloß gefahren werden, hatte sich aber bald wieder erholt. Dem auf dem Wagen  
befindlichen Photographie-Apparat ist nichts passiert. Der ganze Vorfall,  
dessen Schauplatz sofort eine große Menschenmasse umstand, ist noch einmal  
glimpflich abgelaufen, der Kutscher wird es sich aber zur Ehre dienen lassen  
und ein anderes mal langsamer fahren. Er hatte überdies noch das Maßbeur  
bei der Weiterfahrt mit einem geborgten Wagen gleich anfangs wieder ein  
Rad zu verlieren. — Gestern hat man hier einmal eine Singvögel-Jangge-  
jellschaft sammt ihren Lockvögeln abgefangen.

— d. Frankenstein, 11. Octbr. [Zur Tageschronik.] Die hiesige Stadt-  
verwaltung hat für die Abgabenarten in Meiningen 50 Thlr. bewilligt  
und ist die Abfindung dieses Gehältes bereits erfolgt. — Die Verhand-  
lungen u. über die hier zu errichtende Mittelschule werden noch immer fort-  
gesetzt; bei der gegenwärtigen Lage dieses Gegenstandes und der an entschei-  
dender Stelle herrschenden Mangelhaftigkeit ist die Realisirung der brennenden  
Frage auch in nächsten Jahren nicht zu erwarten. — Der Knabe, welcher am  
4. d. M. ohne Erlaubnis seiner Eltern den hiesigen Ort verlassen hatte, hat  
die Reise nur bis Schweidnitz ausgedehnt. Der dortige Aufenthalt des  
sonst gutmüthigen Knaben wurde den besorgten Eltern mitgetheilt, worauf  
dessen Abholung erfolgte. Die Ursache der heimlichen Entfernung ist Reise-  
lust gewesen.

— d. Brieg, 10. October. [Kirchliches. — Thurbau.] Der neue-  
gründete von Herrn Pastor Lorenz herausgegebene „Kirchliche Anzeiger“ für  
die evangelischen Gemeinden Schlesiens“ scheint sich rasch Eingang in den  
verschiedensten Orten unserer Provinz zu verschaffen. Nun, das Blatt ver-  
dient es eben; immer mehr wird es begehrt werden, je mehr es bekannt wird.  
Die heut ausgegebene Nummer enthält einen sehr beherzigenswerthen Artikel  
„über christliche Kinderzucht und Jugendbildung.“ Aus der Reihe der „Mit-  
theilungen“ verdient besonders die Nachricht Erwähnung, daß der Minister  
der geistlichen Angelegenheiten aus Staatsmitteln eine Zulage von 200 Thlr.  
für die Stelle des 3. Diaconus hier selbst auf so lange genehmigt hat, als  
dieselbe besetzt ist. Die Stelle wird demnach jetzt mit 600 Thlr. und Amts-  
wohnung ausgeschrieben werden. Wie der Kirchliche Anzeiger so hat auch  
die demselben entnommene Broschüre: „Er ward geboren, nahm ein Weib  
und starb“ — sich lebhafter Nachfrage zu erfreuen. Den Brieger Local-Pa-  
trioten spricht besonders der Schluss-Abschnitt an, in welchem Herr Pastor  
Lorenz seinen fürchtbarem Neubürger sich dadurch ein dauerndes Andenken  
stiftet, daß „der Ausbau der beiden Thürme an der Altstadt evangel.  
Kirche“ wesentlich sein Werk ist. „Von seinem Fenster aus mußte  
er sich täglich über den Anblick der häßlichen Stümpfe ärgern, welche seit  
Jahrhunderten die ganze Stadt entstellen. Er erlegte die Hälfte der Kosten  
aus eigener Tasche auf die Gefahr hin, daß er die Vollendung des Baues  
nicht mehr erleben sollte. Aber schnell waren nun die übrigen Kosten zu-  
sammenggebracht. Wer kennt nicht hier die beiden häßlichen Thurm-Stümpfe?  
Wir wollen hoffen, daß sich für sie früher ein Neubürger finden wird, als  
eine an der Pfaffen-Strasse entstandene Neustadt an die Thürme der Altstadt  
mahnen wird. Von jeher hat sich in Brieg werththätiger Bürgerinn befunden;  
er wird auch in dieser Angelegenheit zu rechter Zeit nicht fehlen. Den Bau  
aber überhaupt wieder angeregt zu haben, das ist Herrn Pastor Lorenz Ver-  
dienst. Der Thurbau-Fonds besitzt etwa 6000 Thlr., während der Bau,  
wenn Referent nicht irrt, auf etwa 30,000 Thlr. veranschlagt ist. Sollte  
bei energischer Förderung, wie sie vor etwa 2 Jahren von einem Comité be-  
absichtigt wurde (Lotterie, Sammlung u. dgl.) nicht auch jetzt schon ein hübsches  
Stämmchen sich zusammenbringen lassen, dessen Wiederholung nach etwa 3  
Jahren abermals den Fonds so kräftigen könnte, daß wir alle noch „Neu-  
bürgers“ werden und mit inniger Herzensfreude uns die vollendeten Thurm-  
spitzen „gen Himmel weihen“ lassen könnten!

— d. Giesberg, 11. October. [Handwerkerfortbildungsschule.] Nach-  
dem der Unterricht auf unserer reorganisirten Gewerbeschule wieder begonnen  
hat, werden auch die Lektionen für Lehrlinge und Gesellen jedes Handwerkes  
von Neuem eingerichtet und zwar sollen dieselben wie im vorigen Jahre all-  
wöchentlich dreimal, Montag und Mittwoch Abends, sowie Sonntag Morgens  
von Lehrern der Gewerbeschule erteilt werden. Der wissenschaftliche Unter-  
richt wird wiederum in drei getrennten Klassen abgehalten werden, für deren  
oberste sich während des vorigen Jahres leider keine Zöglinge fanden, was  
um so mehr zu bedauern ist, als hier erst von einer eigentlichen Fortbil-  
dung gesprochen werden kann. Während nämlich in den beiden unteren  
Klassen hauptsächlich auf die Ausbildung in der deutschen Sprache, im Rechnen  
und in den Anfangsgründen der Geometrie gesehen wird, gehen die Ziele der  
oberen Klasse, wo Naturlehre, kaufmännisches Rechnen und einfache  
Buchführung docirt wird, über die einer Elementarschule hinaus. Außer dem  
wissenschaftlichen Unterricht werden die Schüler noch allmählich in je 2  
zusammenhängenden Stunden im Zeichnen unterrichtet. Im vergangenen  
Jahre hatte ein Mitglied des Gewerbevereins, das sich, wie der ganze Ver-  
ein, für die Ausbildung der Lehrlinge und Gesellen ganz besonders in-  
teressirt, der Direction der Handwerkerfortbildungsschule 30 Thlr. überwiesen,  
um dieselben im Betrage von 15 und zweimal 7 1/2 Thlr. an die drei besten  
Schüler am Ende des Jahres zu verteilen. Das Lehrercollegium konnte  
nur einen Schüler zum Genusse des Stipendiums von 15 Thlr. vorlagern,  
sobald die beiden andern Raten erst in diesem Jahre zur Verteilung kommen.  
Bei dem geringen Schulgelde von 1 Thlr. pro Jahr, ist es jedem Lehr-  
ling möglich gemacht, unsere Handwerkerfortbildungsschule zu besuchen und wollen wir  
hoffen, daß möglichst Wenige diese Gelegenheit, sich auszubilden, unbenutzt  
vorübergehen lassen, da nur aus gut vorbereiteten Lehrlingen und Gesellen  
tüchtige Meister werden können.

**Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-  
Sternwarte zu Breslau.**

| October 12. 13.        | Nachm. 2 U.          | Abds. 10 U.          | Morg. 6 U.           |
|------------------------|----------------------|----------------------|----------------------|
| Zustdruck bei 0° ..... | 335 <sup>mm</sup> 44 | 335 <sup>mm</sup> 62 | 334 <sup>mm</sup> 93 |
| Luftwärme .....        | + 11° 4              | + 6° 0               | + 2° 3               |
| Luftwärme .....        | + 21° 67             | + 21° 98             | + 21° 45             |
| Dunstdruck .....       | 50 pSt.              | 88 pSt.              | 100 pSt.             |
| Dunstfälligkeit .....  | 50 pSt.              | 88 pSt.              | 100 pSt.             |
| Wind .....             | SW. 1                | SW. 1                | SW. 1                |
| Wetter .....           | bedeckt.             | heiter.              | trübe, Nebel.        |

Breslau, 13. Oct. [Wasserstand.] D. P. 4 M. 30 Cm. U. P. — M. — Cm.

Berlin, 12. October. Der gestrige Privatverkehr verlief bei niedrigeren  
Coursen sehr lebhaft. Creditactien 145 1/2 — 145 1/2 — 144 1/2, Franzosen 188 1/2  
bis 187 1/2 — 188 — 187 1/2, Galizier 109 — 108 1/2, Lombarden 82 1/2 — 81 — 83 1/2,  
Papierrente per compt. 64 1/2, per ult. 64 1/2, Bergisch-Märkische 88 1/2 — 88 1/2,  
Köln-Minden 132 1/2 — 131 1/2, Oberschlesische 167 1/2, Rheinische 138 1/2  
bis 137, Gelsenkirchen 132 1/2, Rürten 45 1/2, Rumänier 40 bez. u. Br.,  
Darmstädter Bank 154 1/2 — 154 1/2, Disconto-Commandit 184 1/2 — 184 1/2  
bis 183 1/2, Dortmund Union 47 1/2 — 46 1/2 — 47 1/2, Laurahütte 139 1/2  
bis 139 — 139 1/2, Berlin-Dresdener Stamm-Prioritäten 93 1/2 bez. u. Br.,  
Gö. Proc. neue ungarische Schatzbons 91 1/2 bez. u. Br.

Die Stimmung der heutigen Börse zeigte sich fester, obgleich eine Zu-  
nahme des Verkehrs durchaus nicht zu beobachten war. Es herrschte wieder  
dieselbe Schwerfälligkeit und Trägheit, wie wir sie in den Berichten der  
kurz vorangegangenen Wochen schon des Ofteren zu fixiren hatten.  
Die Course der internationalen Speculationswerthe stellten sich zwar  
gegen gestern etwas höher, blieben jedoch unter dem Niveau der Son-  
nabends-Notirungen, der Verkehr ist im Allgemeinen nicht belebt zu  
nennen, entbehrt aber nicht einer gewissen Regsamkeit. Oesterreichische Neben-  
bahnen blieben sehr still, Galizier und Oesterreichische Nordwestbahn eröff-  
neten in matter Haltung. Zu den niedrigeren Coursen entwickelte sich aber  
genügende Kaufkraft, um den Schluss fest erscheinen zu lassen. In den localen  
Speculationspapieren war der Umsatz sehr gering. Disconto-Commandit  
184 1/2, ult. 184 — 3 1/2 — 4 1/2. Dortm. Union 48, ult. 46 1/2 — 7 — 6 1/2 — 7 1/2.  
Laurahütte 139 1/2, ult. 139 1/2 — 9 — 40 1/2. Auch für auswärtige Fonds zeigte  
sich zu den billigeren Coursen ziemlich lebhafter Kaufkraft. Oesterr. Renten traten  
weniger in Verkehr, Italiener blieben vernachlässigt, Türken und ebenso  
Amerikaner notiren niedriger. Russische Werthe waren fast ganz geschäftlos.  
Auch Preussische und andere deutsche Staatspapiere fanden wenig Beachtung,  
dagegen hatte das Geschäft in Prioritäten etwas zugenommen. Preussische  
Devisen waren leidlich fest, für andere Effecten dieser Gattung war die Stim-  
mung aber eher gedrückt. Auf dem Eisenbahnenmarkt gaben Dedungs-  
läufe den schwächeren rheinisch-westfälischen Papieren gegen Schluss der Börse  
einen festeren Charakter, ohne daß sich aber in Folge dessen die  
Course zu erholen vermögten. Anfaller waren matt, auch Potsdamer ließen  
in Bezug auf Festigkeit zu wünschen übrig. Von leichten Actien, die eine  
bessere Stimmung trugen, gingen Berliner Nordbahn und Berlin-Dresdener  
regier um. Die Stamm-Prioritäten-Actien letzterer Bahn wurden zu 93 1/2 ge-  
handelt. Sehr still und eingeschränkt blieb das Geschäft auf dem Gebiete  
der Bankactien, Berliner Bank fest und begehrt, Prodr.-Mallbank lebhaft,  
ferner Medlenb. Hypoth., Medlenb. Bodencred., Braunsch., Geraer Cred.  
und Geraer Handelsb. rege, Amsterd. B. anziehend, Quistorp beliebt, Central-  
bank für Bauten weichend. Industriepapiere sehr ruhig, Bauverein Königs-

stadt zu unterändertem Course lebhaft, Viehhof, gr. Pferdebahn anziehend,  
Dresdener, Simon Holz, Altenburger Zucker, Albertinenhütte, Sommerfelder  
Zuckerfabrik (Fischer), Union Webers rege, Westend stark offert. Bergwerke  
meist matt, nur Deutsches Bergwerk, Kölner Bergw. und Märkisch-Westfäl.  
Bergw. besser. Um 2 1/2 Uhr matter auf Wiener Depeschen, Credit 145,  
Franzosen 188, Lombarden 84, Laurahütte 140 Br., Dortm. Union 47 1/2.  
(Vant. u. S. 3tg.)

Breslau, 12. October. [Eisenbericht von Stenkel und Rehs.]  
Obereschlesische Roheisen ist ziemlich fest und wird Gießereiroheisen je nach  
Qualität mit 42—45 Sgr. pro Ctr. ab Werk bezahlt, während die Hütten  
für 1. Quartal 1875. Etwas mehr verlangen. Puddelroheisen 38 1/2 — 40 Sgr.  
Walzeisen bleibt fest bei unveränderten Preisen.

Glasgow. In Folge der durch die hohen Preise verursachten Zurück-  
haltung der Käufer machte sich neuerdings eine weniger feste Stimmung be-  
merkbar und fühlten sich einzelne Producenten veranlaßt, ihre Preise für  
Roheisen um 1—2 Schilling 6 P. zu ermäßigen.

Warrants weisen geringe Schwankungen auf, da sich nur noch circa  
13,000 Tons in Circulation befinden. Beste schottische Marken Nr. 1 stellen  
sich auf 110 bis 115 Sh. per Ton frei an Bord Glasgow per netto Caffe;  
geringere Brände auf 92 bis 98 Sh. Die Verschiffungen der vorigen Woche  
betrugen 11,562 Tons gegen 11,205 in der entsprechenden Woche des Vor-  
jahres. Der Vorrath betrug am 6. cr. 17,962 Tons gegen 34,513 Tons zu  
Ende 1873. Schöfen im Betrieb 115 gegen 123 am 7. October 1873.

Midleborough on Tees. — Englisches Roheisen behauptet sich im Preise.  
Gießereiroheisen Nr. 1, das äußerst knapp ist, erzielte 70 bis 71 Sh. Nr. 111.  
65 bis 66 Sh. per Ton frei an Bord Tees, während Puddelroheisen etwas  
nachgegeben hat. Die Walzwerke sind mit Aufträgen bis Ende des Jahres  
reichlich versehen.

Die September-Verschiffungen betragen für:

|                        | Roheisen  | Fabricirtes Eisen |
|------------------------|-----------|-------------------|
| nach Deutschland ..... | 8279 Tons | 219 Tons          |
| „ Belgien .....        | 4125 „    | — „               |
| „ Holland .....        | 6392 „    | 3272 „            |
| „ Frankreich .....     | 4950 „    | — „               |
| „ Russland .....       | 1060 „    | 1266 „            |
| „ Schweden .....       | 1176 „    | 751 „             |
| „ Norwegen .....       | 288 „     | 400 „             |
| „ Dänemark .....       | 400 „     | 1476 „            |
| „ Spanien .....        | 89 „      | — „               |
| „ Portugal .....       | 433 „     | 399 „             |
| „ Italien .....        | 150 „     | — „               |
| „ Australien .....     | — „       | 1049 „            |
| in Summa 27342 Tons    |           | 8832 Tons.        |

„ der schottischen und englischen Kiste 12514 „ 5874

In den Vereinigten Staaten hat die Nachfrage für Roheisen nachge-  
lassen, während Walzwerke voll auf thun haben.

Aus Frankreich lauten die Berichte äußerst günstig und erwartet man,  
daß im Meurthe- und Mosel-District eine weitere Anzahl Hochofen in Betrieb  
geleitet werden.

In Belgien ist die allgemeine Lage ebenfalls recht zufriedenstellend und  
haben die Walzwerke ihre Production auf mehrere Monate hinaus ver-  
schoben.

[Zucker-Wochenberichte.] A. H. Magdeburg, 10. Octbr. In Roh-  
zucker wurden, bei reger Nachfrage während der ersten Hälfte der Woche,  
ca. 2,500,000 Kilo. theils loco, theils auf Lieferung gehandelt und Preise er-  
fahren eine theilweise Abnanz von 0, 25 Mt. In den letzten Tagen jedoch  
vermehrte sich das Angebot, wogegen die Kaufkraft etwas ermattete.  
Notirungen: 92% erstes Product 33, 25, 94% erstes Product 34, 75—  
35, 95% erstes Product 35, 50, 95% Kornzucker 35, 75—36, 96% Korn-  
zucker 36, 50—37, 97% Kornzucker 37, 50—38, 98% Kornzucker 38, 50—  
38, 75, 89—94% Nachproducte 27—31, 50, je nach Farbe und Korn, Ia.  
Krysalzzucker 40, 25—42, Ia. Krysalzzucker 39, 75.

Raffinirter Zucker hatten sehr lebhaftes Geschäft und befestigten sich  
Preise in Folge dessen um ca. 1 Mt.

Umsatz ca. 36,000 Brode und 750,000 Kilo. gemahlene Zucker und Farine.  
Notirungen: Erste Kosten. Extra feine Raffinade incl. Faß —, —,  
feine do. 47, 50—48, feine do. 47, 50—47, gemahlene Ia. do. 46—47, 50,  
gemahlene Ia. do. 43—50, 44, fein Melis excl. Faß 46, 25—46, 50, mittel  
do. 46, ordinär do. —, —, gemahlen do. Ia. incl. Faß 42, 50—43, —, do.  
Ia. 39, 75—41, 25, Farin do. 31—50, 38.

Runkelrüben-Syrup 4, 30—4, 40 per 50 Kilo. excl. Tonnen.

Braunschweig, 10. Oct. Rohzucker. Der Verkehr hatte schon mit Be-  
ginn der Woche das Gepräge einer größeren Regsamkeit angenommen und  
führte dieselbe namentlich in den letzten Tagen zu recht lebhafter Entwic-  
klung des Geschäftes. Mehrere Raffinerien, die bisher an Einfäulen noch  
nicht Theil genommen hatten, traten aus ihrer Reserve heraus und gaben  
durch umfangreiche Kaufordres die Veranlassung zu einer schlanken Räumung  
der angebotenen Partien, von denen in Einwürf, besonders aber in Korn-  
zuckern schon stärkeres Angebot vorlag. Diese lebhaftesten Sorten haben  
im Durchschnitt ca. 50 Thlr. im Werthe gewonnen, während ein noch etwas  
größerer Preisaufschlag den Krysalzzuckern, da diese spärlicher angeboten  
waren, zu Gute gekommen ist; Nachproducte begegneten ebenfalls guter Nach-  
frage.

Der dieswöchentliche Gesamtumsatz erreichte die Höhe von ca. 41,000 Ctr.  
Raffinirter Zucker. Auch für raffinirte Waare, Brode wie gemahle-  
ner Zucker, stellte sich in dieser Woche und besonders gegen Schluss derselben  
eine wesentliche bessere Nachfrage ein und das Geschäft gestaltete sich bei einer  
durchschnittlichen Preiserhöhung von ca. 75 Thlr. recht lebhaft.

Galle a. d. S., 9. Oct. Rohzucker. Bei mehrseitig auftretender Be-  
darfsfrage, welcher das jetzt stärkere Angebot entsprechend gegenüberstand,  
liefen zu etwas anziehenden Preisen in effectiver Waare und auf kurze Lie-  
ferung ca. 24,000 Ctr. zum Verkauf. Raffinirter Zucker. Brode er-  
fahren bei lebhafter Nachfrage eine Preiserhöhung von 1,00 Mt. und können  
einzelne größere Raffinerien derselben aus Mangel an Vorräthen nicht voll-  
ständig genügen. Auch in gemahlene Zuckern entwickelte sich ein reges  
Geschäft und gingen Preise successive 1,50 Mt. höher. Umsatz 26,000 Brode  
und 5500 Ctr. gemahlene.

Stettin, 9. Oct. Zucker. Rohzuckern sind in Folge der mangelhaften  
Nüchternheit seit im Preise, gehandelt wurden 2000 Ctr., 1. Producte mit 12  
— 12 1/2 Thlr. nach Qualität. Raffinirte Zuckern wurden bei flottem Abzug  
vorläufig um 1/10 Thlr. erhöht, eine fernere Steigerung steht in Aussicht.

Leipzig, 8. Octbr. (Mefbericht 8.) Bedruckte Baumwoll-Stoffe,  
Kattune. Begünstigt durch außerordentlich warmes Wetter, machte sich im  
Gesengeschäft zu fast allen anderen Manufactur-Waaren baumwollenen Waich-  
stoffen eine sehr rege Nachfrage bemerkbar. Wenn es auch nicht zu leugnen  
ist, daß im Allgemeinen noch trübe Geschäftsverhältnisse ihren lähmenden  
Einfluß, besonders hinsichtlich der Zahlungsverhältnisse, auch in dieser Branche  
sich bemerkbar machten, so dürfen wir doch den Verlauf der jetzigen Michaeli-  
Wesche in diesen Artikeln als einen im Allgemeinen befriedigenden bezeichnen.  
Die Spinner und Weber Süddeutschlands und des Elbflusses, die in den letzten  
drei Jahren mit wenig, resp. gar keinem Nutzen gearbeitet, wie aus den ver-  
öffentlichten Bilanzen verschiedener Actien-Gesellschaften hervorgeht, haben in  
richtiger Würdigung der Verhältnisse ihre Production um 30—40 pSt. ver-  
mindert und sind fest entschlossen, es bei dieser Verminderung bewenden zu  
lassen, um der Ueberproduction entgegen zu treten und dem Geschäft hie-  
durch die bis jetzt fehlende gesunde Basis wieder zu verleihen. In Folge  
dieser Maßregel befestigten sich die Preise zusehends, und können wir bei  
roher Waare einen Aufschlag von 4—5 Pf. per Elle constatiren, ohne daß  
bei solchen Preisen der legitime Bedarf des kommenden Frühjahrs gedeckt zu  
werden vermöchte. Sämmtliche Spinnereien und Webereien sind bis Fe-  
bruar und März künftigen Jahres unter Contract und ist in Folge dessen  
rohe Waare kaum zu haben. — Zum eigentlichen Mehkerverkehr übergehend,  
müssen wir erwähnen, daß das Geschäft des hohen jüdischen Fast- und Feiertags  
wegen erst am Dienstag in der Auspadewoche seinen Anfang nahm  
und schon Freitag in derselben Woche beendet war. Es wurden während  
dieser Zeit hauptsächlich große Posten billiger Waare (Berliner und Eisen-  
burger), Genres für die Landwirthschaft passend, sowie Cardinestoffe, welche  
sich in letzter Zeit großer Beliebtheit erfreuen, aus dem Markt genommen.  
Die Messe ist sonach auch, was diese Artikel betrifft, als sehr zufriedenstellend  
zu bezeichnen, besonders da theilweise kleine Preisaufschläge gern bewilligt  
wurden. — Lebhaftes Nachfrage herrschte auch für Glaser Madapalams  
(Hemdenstoffe), und wurden in diesem Artikel die vorhandenen kleinen Lager  
sehr schnell geräumt und große Bestellungen für die kommende Frühjahrs-  
Saison in Nota genommen. Großer Beachtung und Beliebtheit erfreuten  
sich ferner Glaser Möbelstoffe. Viele mit wunderbarer Schönheit  
und Eleganz ausgestatteten Genres haben seit der Wiedervereinigung  
des Elbflusses mit Deutschland eine sehr schnelle Verbreitung und Be-  
liebtheit gefunden und sind sowohl zu Gardinen-, Portieren-, sowie  
zu Möbel-Stoffen für hochelegante Einrichtungen, schnell in Auf-



Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.  
Druck von Prof. Barthel & Comp. (R. Friedrich) in Breslau.